

### Leitfrage:

Soll unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden?

## Argumente dafür

### 1. Meinungsaustausch

Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie fördern den Austausch von Meinungen und Argumenten unter den Bürgerinnen und Bürgern (15) und zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Politikerinnen und Politikern (30).

### 2. Förderung einer aktiven Bürgerschaft

- a) Bürgerbeteiligung fördert die direkte Mitsprache der Bürger (23), insbesondere der unmittelbar Betroffenen (3)
- b) Bürgerbeteiligung fördert eine aktive Bürgerschaft(2) durch niedrigschwellige Angebote (5). Diese Möglichkeiten werden von Bürgerinnen und Bürgern ausdrücklich gewünscht (3) und können ggf. zu weiterem politischen Engagement führen (2).
- c) Bürgerbeteiligung weckt das Interesse an Politik (7). Bürgerinnen und Bürger setzen sich stärker mit politischen Themen auseinander (9) und werden für deren Komplexität sensibilisiert (4).

### 3. Bürgerbeteiligung sorgt für bessere Repräsentativität

Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie erhöhen die Repräsentativität (14), indem sie Mitwirkungsmöglichkeiten für unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen bieten (19), insbesondere für die, die wenig in Parlamenten vertreten (6) oder nicht organisiert sind (2).

### 4. Kontrolle von Lobbyismus

Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie können dem Einfluss von Lobbyismus entgegenwirken (16) und der Kontrolle -gegebenenfalls auch Korrektiv- der Politik dienen (11), in dem sie als eine Art Lobby der Bürgerinnen und Bürger fungieren (6).

### 5. Größere Bürgernähe:

- a) Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie verringern die Kluft zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern (27).
- b) Gesetzesvorbehalt durch Direktdemokratie führt zu bürgernäheren Gesetzesentwürfen (5).

### 6. Mitbestimmung der politischen Agenda

Bürgerinnen und Bürger können der Politik Impulse geben und Themen auf die Agenda setzen (15).

### 7. Schaffung von Transparenz

Bürgerbeteiligung schafft mehr Transparenz (12).

### 8. Entscheidungen werden schneller getroffen

Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie können das Treffen von Entscheidungen beschleunigen (11).

### 9. Schaffung von Akzeptanz bei politischen Entscheidungen

Die Beteiligung von Bürgern an politischen Entscheidungen kann zu größerer Akzeptanz der Entscheidungen führen, sie erhalten somit mehr Glaubwürdigkeit (11).

### 10. Qualität der Entscheidungen

- a) Bei Bürgerbeteiligung wird über einzelne Sachfragen diskutiert und ggf. entschieden. Die Bürgerinnen und Bürger sind an keine Partei oder ein Parteiprogramm gebunden (19).
- b) Bürgerbeteiligung spart durch nachhaltige Entscheidungen auf breiter Konsensebene Zeit und Geld. (6)

### 11. Überwinden von Politikverdrossenheit

Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie wirken der Politikverdrossenheit entgegen. (9)

### 12. Höhere Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger

Bürgerinnen und Bürger fühlen sich durch Beteiligung wertgeschätzt und sind zufriedener (9).

### 13. Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Menschen mit unterschiedlichen Meinungen und Hintergründen kommen ins Gespräch und bauen Vorurteile ab (12). Bürgerbeteiligung stärkt das gesellschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl (3) und wirkt somit stabilisierend auf die Demokratie, indem sie Protest vorbeugt (5).

### 14. Bürgerbeteiligung auf lokaler und Bundesebene

- a) Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie können auf Bundesebene sinnvoll eingesetzt werden (7).
- b) Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie können insbesondere auf lokaler Ebene sinnvoll eingesetzt werden (2).

### 15. Kombination von Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie führt zu innovativen Lösungen

Die Kombination Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie begünstigt Konsenslösungen durch flexible Verfahren (5) und ermöglicht zeitnahe Korrekturen etc. durch Veto-Optionen (4)

### 16 In der Schweiz hat sich Direktdemokratie seit langem bewährt

Die Funktionalität von Direktdemokratie ist in der Praxis nachgewiesen (9).

### Leitfrage:

Soll unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden?

## Argumente dagegen

### 17. Hohe Anforderung an Bürgerinnen und Bürger

- a) Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie behandeln komplexe Fragestellungen. Der Prozess an sich und die komplexen Themen können die Bürgerinnen und Bürger überfordern (31).
- b) Es ist zeitaufwendig, solche Beteiligungsangebote zu nutzen (9)
- c) Online-Beteiligung zu schwierigen Themen stellt die Teilnehmenden vor besondere Herausforderungen (5).

### 18. Großes Volumen an Informationsfluss muss bei Onlinebeteiligung bewältigt werden

Online-Beteiligung ermöglicht eine Teilnahme vieler Menschen. Diese produzieren eine große Menge an Informationen, die ausgewertet werden müssen. Das stellt die Durchführenden vor Herausforderungen bei der Auswertung (7).

### 19. Mögliche Beeinflussung der Bürgerinnen und Bürger

- a) Populisten und Interessensgruppen könnten Stimmung machen oder Menschen gezielt inhaltlich beeinflussen (39).
- b) Bei der Onlinebeteiligung kann zudem gezielt manipuliert werden, beispielsweise durch den Einsatz von Bots und Fake-Accounts. (11)

### 20. Problem der mangelnden Informiertheit

Die Bürgerinnen und Bürger wissen unterschiedlich viel und werden nicht mit Expertenwissen abstimmen oder Empfehlungen treffen können. Oft sind Informationen schwer zugänglich und durch Medien und Social Media verzerrt (31).

### 21. Desinteresse

Bürgerbeteiligung und Volksentscheide werden nicht von der breiten Bevölkerung angenommen. Viele Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen bleiben Bürgerbeteiligung und Volksentscheiden fern (15). Besonders bei der Bürgerbeteiligung nimmt ein kleiner Prozentsatz der Bevölkerung teil (2). Auch weil es gar kein Bewusstsein für derartige oder Online-Angebote gibt (2).

### 22. Kein persönlicher Kontakt bei Online-Beteiligung

Anonymität und der fehlende zwischenmenschliche Kontakt schaffen Probleme (6).

### 23. Sicherheitsrisiko Online-Beteiligung

Online-Beteiligung kann ein Sicherheitsrisiko für die Nutzerinnen und Nutzer darstellen (4).

### 24. Online-Beteiligung problematisch für Repräsentativität

Online-Beteiligung schließt Menschen ohne Internetanschluss und damit vor allem ältere Menschen strukturell aus. Auch verschafft Onlinebeteiligung Menschen einen Vorteil, die sich gut mit neuen Medien auskennen und sich gut ausdrücken können. Zudem kann die Repräsentativität durch eine einseitige Mobilisierung verfälscht werden (15).

### 25. Volksentscheide und Bürgerbeteiligung verlangsamen Entscheidungsprozess

Wenn die Bürgerinnen und Bürger gefragt werden, kann das eine Entscheidung verzögern (17).

### 26. Ja/Nein-Entscheidungen nicht immer möglich

Manche Themen sind zu komplex, um sie auf eine einfache Frage herunterbrechen zu können (14).

### 27. Ergebnisse ohne Wirkung

Die Politik setzt sich manchmal über die Ergebnisse von Bürgerbeteiligung und teils auch Volksentscheide hinweg (12).

### 28. Kein Wandel des demokratischen Systems

Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung ändern nicht die Zusammensetzung des Parlaments und das kapitalistische System (2).

### 29. Hoher finanzieller Aufwand

Direkte Demokratie (12) und mehr Bürgerbeteiligung (6) bedeuten einen zusätzliche Kosten zu den bestehenden repräsentativen Strukturen und Institutionen.

### 30. Direkte Demokratie kein starkes Erlebnis

Eine Volksabstimmung ermöglicht keine dauerhafte Aktivierung (1).

### 31. Abstimmung im Großen, Auswirkung im Kleinen

Bei Volksentscheiden treffen viele manchmal Entscheidungen über wenige Betroffenen (8).

### 32. Beitrag zur Spaltung der Gesellschaft

Direkte Demokratie hat das Potential, die Gesellschaft in Pro- und Kontra-Lager zu spalten (6).

### 33. Minderheiten könnten benachteiligt werden

Mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung könnten dazu führen, dass Minderheiten weniger gehört werden (9). Auch könnte die Zufallsauswahl einer Bürgerbeteiligung Minderheiten strukturell benachteiligen (2).

**Leitfrage:**

Soll unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden?

**Argumente Dagegen (Fortsetzung)**

**34. Freiheitlich-demokratische Ordnung könnte gefährdet werden**

Die Entscheidungen der Volksentscheide oder Bürgerbeteiligung könnten das Grundgesetz verletzen (2).

**35. Bürgerbeteiligung könnte zu Ermüdungserscheinungen führen**

Die Politik könnten sich auf Bürgerbeteiligung ausruhen. Ebenso könnte ein großes Angebot Desinteresse bei den Bürgerinnen und Bürger zur Folge haben (3).

**36. Selbstselektive Bürgerbeteiligung beeinflusst Ergebnis**

Selbstselektive Bürgerbeteiligung bietet die Möglichkeit der Beeinflussung für Menschen mit bestimmten Interessen (2).

**37. Mehr Geld = höhere Chancen bei Volksabstimmungen**

Interessengruppen und Menschen mit mehr Geld haben bei Kampagnen zu Volksabstimmungen eine größere Reichweite und höheren Einfluss (5).

**38. "Falsche" Entscheidungen können nicht korrigiert gemacht werden**

Nach Volksentscheiden gibt es kein Korrektiv, das auf Fehlentscheidungen reagieren kann (2).

**39. Instrumentalisierung von Volksentscheiden**

Direkte Demokratie kann auch als politisches Instrument missbraucht werden. So kann versucht werden, Volksentscheide zum Machterhalt und -ausbau zu nutzen (10).

**40. Deutschland zu groß und vielfältig für direkte Demokratie**

Direktdemokratische Elemente können nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragen werden. Beispielsweise unterscheidet es sich in seiner Größe, Politik und Kultur zur Schweiz (8).

**Ideen und Empfehlungen | zur Bürgerbeteiligung**

**35. Es soll mehr Bürgerbeteiligung geben**

- a) Akzeptanz und Anerkennung von Bürgerbeteiligung schaffen (16)
- b) gesetzliche Verankerung von Bürgerbeteiligung (4)

**36. Es soll eine Plattform geben, auf der über Bürgerbeteiligung informiert wird**

- Mehr Öffentlichkeit schaffen über Formen sowie geplante und laufende Verfahren (24)
- Mehr Öffentlichkeit schaffen über Umgang mit Ergebnissen etc. (2)

**37. Bürgerbeteiligung soll inklusiv sein und alle Bevölkerungsgruppen berücksichtigen**

- a) Bevölkerungsquerschnitt soll an Beteiligungsverfahren teilnehmen können (6)
- b) Bürgerbeteiligung soll barrierefrei und niedrighschwellig sein (6)
- c) Auswahl der Teilnehmenden durch Losverfahren (4)
- d) den unmittelbar Betroffenen Möglichkeit zur Beteiligung geben (2)

**38. Bürgerbeteiligung für Interessierte**

Formierung eines Pools von Menschen, die bei Beteiligungsformaten mitmachen wollen (2)

**39. Schaffung einer Informationsgrundlage für Bürgerbeteiligung notwendig**

- a) Neutrale Information sollten die Grundlage für Empfehlungen/Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger bilden (10)
- b) Vielfältige Informationen, pro und Contra sollten die Grundlage für Empfehlungen/Entscheidungen der Bürger bilden (10)
- c) Verständliche Informationen bilden die Grundlage für Empfehlungen/Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger (10)
- d) Es sollten neutrale Informationskanäle finanziert werden (3)

**40. Ergebnisse von Bürgerbeteiligung sollen von der Politik aufgenommen werden**

- a) mehr Verbindlichkeit von Bürgerbeteiligung (8)
- b) mehr Transparenz darüber, was mit Ergebnissen der Bürgerbeteiligung passiert (8)

**Leitfrage:**

Soll unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden?

**Ideen und Empfehlungen | zur Durchführung von Beteiligungsverfahren**

**41. Es soll mehr Bürgerbeteiligung geben**

- a) Akzeptanz und Anerkennung von Bürgerbeteiligung schaffen (18)
- b) gesetzliche Verankerung von Bürgerbeteiligung (5)
- c) Pflicht, an Bürgerbeteiligung teilzunehmen (2)
- d) Teilnahme an Bürgerbeteiligung freiwillig

**42. Es soll eine Plattform geben, auf der über Bürgerbeteiligung informiert wird**

- a) Mehr Öffentlichkeit schaffen über Formen sowie geplante und laufende Verfahren (25)
- b) Mehr Öffentlichkeit schaffen über Umgang mit Ergebnissen etc. (2)

**43. Bürgerbeteiligung soll alle Bevölkerungsgruppen berücksichtigen**

- a) Bevölkerungsquerschnitt soll an Beteiligungsverfahren teilnehmen können (6)
- b) Bürgerbeteiligung soll barrierefrei und niedrighschwellig sein (8)
- c) Auswahl der Teilnehmenden durch Losverfahren (5)
- d) den unmittelbar Betroffenen Möglichkeit zur Beteiligung geben (5)

**44. Bürgerbeteiligung für Interessierte**

Formierung eines Pools von Menschen, die bei Beteiligungsformaten mitmachen wollen (3)

**45. Schaffung einer Informationsgrundlage für Bürgerbeteiligung notwendig**

- a) Neutrale Information sollten die Grundlage für Empfehlungen/Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger bilden (10)
- b) Vielfältige Informationen, pro und Contra sollten die Grundlage für Empfehlungen/Entscheidungen der Bürger bilden (10)
- c) verständliche Aufbereitung der Themen/Argumente (10)
- d) Es sollten neutrale Informationskanäle finanziert werden (3)

**46. Ergebnisse von Bürgerbeteiligung sollen von der Politik aufgenommen werden**

- a) mehr Verbindlichkeit von Bürgerbeteiligung (10)
- b) mehr Transparenz darüber, was mit Ergebnissen der Bürgerbeteiligung passiert (9)

**47. Bürgerbeteiligung soll durch Petitionen, Unterschriftensammlungen oder Onlinebeteiligung in Gang gesetzt werden**

- a) Durchführung einer Bürgerbeteiligung muss verbindlich sein, wenn bestimmte Unterschriftenanzahl vorliegt (4)
- b) Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Themensetzung (5)

**48. Bildungsurlaub für Bürgerbeteiligung**

Gesetzlich verankerte Rahmenbedingungen für Bürgerbeteiligung (etwa Bildungsurlaub) (4)

**49. Bürgerbeteiligung auf Bundesebene nur bei wirklich wichtigen Themen**

Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie nur bei wirklich wichtigen, viele betreffenden Themen (2)

**50. Politik setzt die Themen für Bürgerbeteiligung auf Bundesebene**

Themenfindung für Beteiligung und direkte Demokratie auf Bundesebene: - z.B. Petitionen schlagen Themen vor, bei vielen Stimmen werden diese Themen genommen; Politik sucht regelmäßige wichtige Themen dafür aus; Themen = wichtige Gesetzesentwürfe (1)

**51. Einrichtung einer unabhängigen Stelle, die für Bürgerbeteiligung auf Bundesebene zuständig ist**

- a) Einrichtung einer unabhängigen Clearingstelle, die zuständig ist für Beratung, Information und Initiierung von Bürgerbeteiligungsverfahren (3)
- b) Demokratiebeauftragte/Partizipationsbeauftragte für jede Stadt/Kommune (1)

**52. staatliche Finanzierung von Bürgerbeteiligung**

Finanzierung über Steuern (2)

**53. neutrale Finanzierung von Bürgerbeteiligung**

feste neutrale Finanzierung (1)

**54. Bürgerbeteiligung braucht ein durchdachtes Beteiligungskonzept**

- a) transparente Verfahren mit klaren Vorgaben und Auswahlkriterien (18)
- b) Transparenz darüber, wer teilgenommen hat (2)
- c) Transparenz zu Veranstaltungen schaffen und bieten (3)

**55. Informationen über und Einladung zu Bürgerbeteiligung soll auf vielen Kanälen stattfinden**

- a) zu Beteiligungsverfahren muss analog und digital informiert und eingeladen werden (18)
- b) moderne und gelungene Öffentlichkeitsarbeit (3)

**56. Themensetzung für die Bürgerbeteiligung**

Bürgerinnen und Bürger sollen Fragestellungen zu einem Thema einbringen können (11)

**Leitfrage:**

Soll unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden?

**Ideen und Empfehlungen | zu Bürgerräten**

**57. Qualitätssicherung von Beteiligungsverfahren**

kontinuierliche Erfolgskontrolle der Verfahren und die Verfahren gegebenenfalls anpassen (4)

**58. Ergänzung Bürgerbeteiligung mit digitalen Formaten**

Zum Beispiel Videokonferenzen, Apps etc. (2)

**59. Einzelempfehlungen**

- a) Moderation und Redaktion wichtig
- b) Gewährleistung des Datenschutzes
- c) Personalisierung der Abstimmung
- d) Mehrfachabstimmungen pro Person verhindern
- e) Zugang zu Informationen, z.B. Darstellung Essenz von Impulsvorträgen im Vorfeld
- f) Vorschlag: Einführung von Quoten für Bürgerbeteiligung in Entscheidungsprozessen

**60. Es soll Bürgerräte geben**

- a) Bürgerrat als feste Institution etablieren (19)
- b) Ein Bürgerrat muss auch von den Bürgern einberufen werden können. ("Von Unten")

**61. Die Ergebnisse von Bürgerräten sollen einen Einfluss auf Politik und Gesetzgebung haben**

- a) Die Ergebnisse von Bürgerräten sollen einen verbindlichen Einfluss auf Politik und Gesetzgebung haben (17)
- b) Die Ergebnisse von Bürgerräten sollen einen empfehlenden Einfluss auf Politik und Gesetzgebung haben (14)

**62. Bei der Durchführung von Bürgerräten sollen Diskussionsregeln herrschen**

- a) Sachlichkeit im gegenseitigen Umgang (6)
- b) Verständlichkeit der Informationen (4)
- c) respektvoller Umgang miteinander (3)

**63. Ein Bürgerrat soll die Bevölkerung repräsentieren**

- a) Einladung Teilnehmenden per Zufallsauswahl (3)
- b) Inklusivität und Einbeziehung aller Bevölkerungsschichten (7)
- c) Bürgerrat als Interessenvertretung der Bürgerinnen und Bürger
- d) Bürgerratsmitglieder werden ausgewählt (ähnlich wie Schöffen)
- e) Minderheiten müssten befähigt werden zu mobilisieren, z.B. über Vertreter im Bürgerrat (institutionalisiert)
- f) Bürgerrat mit wechselnder Besetzung (3)

**64. Ein Bürgerrat soll Expertinnen und Experten anhören**

Bürgerrat braucht unabhängige Expertinnen und Experten zur Beratung (5)

**65. Ein Bürgerrat soll überparteilich und finanziell unabhängig sein**

- a) Bürgerrat selbst muss finanziell unabhängig sein (4)
- b) Bürgerrat soll überparteilich sein (2)

**66. Bürgerräte brauchen den direkten Austausch mit Abgeordneten**

- a) Feedback von der Regierung
- b) Informationspflicht und -möglichkeit zwischen Politik und Bürgerrat in beide Richtungen

**67. Bürgerräte brauchen Öffentlichkeitsarbeit**

Informierung der Medien durch den Bürgerrat (3)

**68. weitere Ideen zur Durchführung von Bürgerräten**

- a) Mehrere voneinander unabhängige Räte / Gruppen machen Manipulation schwerer und schaffen repräsentativeres Ergebnis. (Mehrere Räte an verschiedenen Orten zum selben Thema)
- b) digitale, differenzierte Befragung; danach: Einladung zu Bürgerrat etc. (aus verschiedenen Meinungsgruppen)
- c) Arbeitgeber muss Teilnahme an regelmäßigen Bürgerräten freistellen
- d) Bürgerrat muss themenbezogen arbeiten (2)
- e) Konzept muss entwickelt werden
- f) Bürgerräte sollen die Möglichkeit haben, selbst ihre Ergebnisse noch einmal zu überblicken und zu kommentieren.
- g) Bürger sollen ihre Ergebnisse selbst vorstellen
- h) Bürgerrat wählt aus seiner Mitte einen repräsentativen Sprecher
- i) kein Voting-System bei Abstimmungen (upvotes, downvotes)
- j) Moderation und Redaktion wichtig (2)
- k) Personalisierung der Abstimmung
- l) Online-Beteiligung für das Agenda-Setting eines Bürgerrats einsetzen: Welche Themen sollten auf die Agenda? (2)

**Leitfrage:**

Soll unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden?

**Ideen und Empfehlungen | zur direkten Demokratie (Fortsetzung)**

- m) vorgeschaltete Themensammlung und Programmergänzung ermöglichen
- n) Anwendung für Themenvorbereitung/ -selektion
- o) Bürgerrat Demokratie: Vernetzung Teilnehmende und Zwischenergebnisse kommentieren und bewerten für Teilnehmende und Externe
- p) Etablierung eines Bürgerrates, der Politik zum Einfluss von Lobbyisten berät (Bsp.: Diesel-Skandal: VW und Bürger zu Entschädigungen befragen)
- q) Bürgerrat nach irischem Vorbild durchführen
- r) Bürgerrat als Kombination von Präsenz- und Online-Veranstaltung
- s) Bürgerservice bei dem man Themen/interessen eingeben kann, um zum Bürgerrat eingeladen zu werden

**69. Es soll direkte Demokratie auf Bundesebene geben**

Volksentscheid auf Bundesebene (4)

**70. Es braucht eine Mehrheitenregelung bei Volksentscheiden.**

- a) es werden Quoren benötigt (10)
- b) Beteiligungsquorum bei 50 % (4)
- c) Erfolg nur bei 2/3 Mehrheit (2)
- d) Quoren nicht zu hoch (3)
- e) Quoren nicht zu niedrig (2)
- f) nicht bei allen Abstimmungen ein Teilnahmekquorum einführen (1)
- g) Quoren müssen niedrig angesetzt werden
- h) Es sollte kein Quorum geben (-> Leute die Interesse haben gehen hin) (1)

**71. Volksentscheiden sollen verbindlich sein.**

- a) Pflicht zur Umsetzung nach Plebisziten (8)
- b) Vetorecht gegen Gesetze durch Bürgerentscheide (4)
- c) Konkrete Handlungsvorgaben an Referendum knüpfen (3)

**72. Entscheidungen müssen revidiert werden können**

- a) Auch Bürgerentscheide müssen revidiert werden können (13)
- b) Entscheide sollen evaluiert werden (2)

**73. Eindeutige Formulierung der Abstimmungsfragen**

- a) Interpretation der Ergebnisse muss unmissverständlich und klar geregelt sein
- b) Frage, die zur Entscheidung steht, muss klar und unmissverständlich formuliert sein (DD)
- c) Differenziertere Optionen zur Wahl stellen bei DD → nicht nur JA/Nein

**74. Kooplung Volksentscheide mit Terminen von Wahlen?**

- a) Wenn möglich, sollen Volksentscheide mit Wahlen gekoppelt werden. (3)
- b) Volksentscheide sollen nicht mit Wahlen gekoppelt werden. (1)

**75. Informationen für und wider sollen bereit gestellt werden**

- a) Informationen über das Abstimmungsthema über alle Kanäle und sehr frühzeitig (21)
- b) unabhängige Informationen aus unabhängigen Quellen (17)
- c) verständliche Aufbereitung der Themen und Argumente (14)
- d) Einbeziehung von Expertinnen und Experten (7)
- e) Bundesbüchlein mit Pro/ Kontra Argumenten (DD) (2)

**76. Direkte Demokratie braucht Öffentlichkeitsarbeit**

- a) Öffentlichkeitsarbeit zu den Möglichkeiten der Beteiligung durch DD.
- b) Entscheidungen zu Empfehlungen aus BB-Prozessen transparent darstellen (2)

**77. Die Teilnahme an Volksentscheiden soll niedrigschwellig möglich sein.**

- a) sicherstellen, dass jeder abstimmen kann (Niedrigschwelligkeit, Zugang) (3)
- b) Abstimmungsfrage muss klar und neutral formuliert sein

**78. Einrichtung eines Kontrollgremiums für Volksentscheide**

- a) Gremium legt die Rahmenbedingungen des Volksentscheids fest (Zeitraumen, Prozessgestaltung)
- b) Kontrollgremium für Informierung, Verfahren, Probleme, rechtliche Prüfung (2)

**79. Unabhängige Finanzierung von Volksentscheiden**

- a) Transparente Finanzierung von Kampagnen bzw. gleiche Mittel für Kampagnen (2)
- b) neutrale Finanzierung (7)
- c) staatliche Finanzierung (4)
- d) Finanzierung durch Crowdfunding (1)

**Leitfrage:**

Soll unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden?

**Ideen und Empfehlungen | zur direkten Demokratie (Fortsetzung)**

**80. Themenfindung für Volksentscheide auf Bundeseben**

- a) Volksentscheid auf Bundesebene nur bei grundlegenden Themen (3)
- b) Beschränken auf zentrale Themen
- c) Grundrechte, Verfassung etc. sollten mit besonderen Regeln in DD behandelt werden
- d) Wenn die DD auf Bundesebene eingeführt werden, darf es keine Tabuthemen geben
- e) Volksentscheide nur zu wichtigen Themen, um Parlamente nicht zu entwerten.
- f) Manche Absätze des Grundgesetzes müssen unantastbar bleiben

**81. Soll es die Möglichkeit geben, online abstimmen zu können?**

- a) ja, Online-Voting ermöglichen (4)
- b) nein, kein Online-Voting (1)

**82. Ideen zu Verfahren von Volksentscheiden auf Bundesebene**

- a) Gewährleistung von parlamentarischer Rückkopplung (1)
- b) Kontrollgremium, das Volksentscheide prüft und überwacht (5), ein "Bundesamt für Bürgerinitiative"
- c) Initiativen durch Opposition oder einzelne Bürgerinnen und Bürger
- d) Feste Termine plus Bundesbüchlein auf Bundesebene
- e) Möglichkeit auf mehrstufige Verfahren bei komplexen Sachfragen (Kriterien dafür?)

**83. Ideen für konkrete Modelle zur Durchführung von Volksabstimmungen**

- a) Alternative 1: Zweistufiges Modell bei Abstimmungen: 1.) grobe Abstimmung JA/NEIN 2.) informierte Abstimmung
- b) Alternative 2: Zweistufiges Modell bei Abstimmungen: 1.) ob abgestimmt werden soll JA/NEIN 2.) informierte Abstimmung JA/NEIN
- c) DD: Zweistufige Abstimmung 1. konkreter Gesetzentwurf Ja/Nein 2. Abstimmung des konkreten Gesetzentwurfs vor der Umsetzung
- d) Gesetzl. Festlegung: DD Initiative: 1. Quorum erfüllen, 2. BB, 3. Abstimmung (oder zurückgezogen)
- e) 2-stufiges Verfahren: Ja (Austritt von UK, bzw. Verhandlungen zum Austritt sollen beginnen) / Nein (Kein Brexit) und dann Abstimmung über die Arten des Austritts, evtl. mit Rücknahme des Austrittsgesuches
- f) Entwicklung von Leitlinien und Verfahrensregeln wann BB oder DD zur Anwendung kommt (7)

**Ideen und Empfehlungen | zur Kombination von Bürgerbeteiligung, direkter und parlamentarischer Demokratie**

**84. Bürgerbeteiligung vor dem Volksentscheid**

- a) Kombination von Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie (19)
- b) Relevanz eines Themas vorher durch Bürgerbeteiligung prüfen (3)

**85. Bürgerräte vor dem Volksentscheid**

Bürgerräte als vorgeschaltete Ergänzung zu direkter Demokratie zur Themenfindung, Fragensetzung etc. (14)

**86. Kombination der Beteiligungsformen je nach Thema**

Überprüfen, welche Beteiligungsform für welches Thema sinnvoll ist (2)

**87. Bürgerbeteiligung als Kontrolle zur Gesetzgebung im Parlament**

- a) Gesetze müssen zusätzlich einen Bürgerrat passieren (2)
- b) Verknüpfung Bürgerräte und parlamentarische Arbeit (2)
- c) Verankerung Direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung in Verfassung (2)

**88. Initiative zur Bürgerbeteiligung bzw. Volksentscheiden**

- a) Initiative zur Bürgerbeteiligung vom Volk (4)
- b) Initiative zur Bürgerbeteiligung von Politik (3)
- c) Initiative und Unterstützung durch eine Anlaufstelle für direkte Demokratie (5)
- d) Initiative nicht durch Politik (2)

**89. Ideen zum Verfahren von kombinierter Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie**

- a) Entwicklung von Leitlinien und Verfahrensregeln wann BB oder DD zur Anwendung kommt (18)
- b) Gesetzliche Regelung wann BB oder DD zur Anwendung kommt (3)
- c) Nach der Ja/Nein Abstimmung ggf. bei bestimmten Themen nochmal mit BB koppeln → für konkrete Umsetzung
- d) Prozess der Kombinatorik: -Volksinitiative → Volksbegehren → Bürgerrat diskutiert → ggf. Volksentscheid

**Leitfrage:**

Soll unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden?

**Ideen und Empfehlungen | zur Kombination von Bürgerbeteiligung, direkter und parlamentarischer Demokratie (Fortsetzung)**

- e) Regelung zur Finanzierung (2)
- f) DD und BB als laufender Prozess
- g) BB/ DD Wenn, dann nur mit guter, umfangreicher Information. (Auf Bundesebene)
- h) DD erhöht Verbindlichkeit von BB

**90. Ideen zur konkreten Verfahrensgestaltung**

Kombination BB & DD: 1) Unterschriftensammlung zum Start des Prozess 2) Rechtliche Prüfung des Themas 3) Große Unterschriftensammlung 4) Einberufung eines Bürgerrats zur Diskussion über das Thema 5) Dialog mit Politik 6) Entscheidungsfindung & evtl. Volksentscheid

**Ideen und Empfehlungen | Online-Beteiligung**

**91. Bürgerbeteiligung als Kontrolle zur Gesetzgebung im Parlament**

Gesetze müssen zusätzlich einen Bürgerrat passieren (1)

**92. Es soll einen Online-Bürgerrat geben**

Es soll einen Online-Bürgerrat geben

**93. Online-Beteiligung soll ergänzend zu Vor-Ort-Veranstaltungen eingesetzt werden**

Onlinebeteiligung als Ergänzung, nicht anstatt analoger Beteiligung (20)

**94. Sicherheit und Datenschutz müssen gewährleistet sein**

- a) Identifikation oder Sicherheitskontrolle gegen Missbrauch (15)
- b) Prozess muss sicher sein, technisch und im Ablauf (10)
- c) Datenschutz muss gewährleistet sein (2)

**95. Mehr Werbung für Online-Beteiligung**

Stärkere Werbung über bzw. mehr Informationen zu Onlineangeboten (10)

**96. Online-Beteiligung inklusiv gestalten**

- a) Online-Beteiligung auch denen zugänglich machen, die keinen Computer haben oder körperlich eingeschränkt sind (3)
- b) leichte Verständlichkeit (2)
- c) Beratung zur Teilnahme an Onlinebeteiligung (2)
- d) einfache Bedienung (1)

**97. Einsatz verschiedener Online-Elemente**

Einsatz von Podcasts, Apps, Videokonferenzen etc. (8)

**98. Empfehlungen zur Durchführung von Online-Beteiligung**

- a) Freitextfeld für Kommentare/Anmerkungen
- b) Bewertungsfunktion (z.B. Daumen hoch/runter) für Kommentare
- c) Befragung mit Informationen für Beteiligte ausstatten (Tool)
- d) Onlineabstimmungen dürfen nicht zu kompliziert ausgestaltet sein
- e) Zeitliche Begrenzung
- f) OB – angemessene Zeiträume vorsehen
- g) gute Informationsgrundlage, allgemeinverständlich, neutral als Zusatz der Online-Befragung nötig
- h) Themenbezogene Informationen mitliefern, ggf. mit Code
- i) Unabhängige, neutrale Durchführung
- j) Beteiligung an OB sollte analysiert und veröffentlicht werden
- k) Onlinebeteiligung muss qualifiziert auswertbar sein ohne Personal
- l) Moderation bei Online-Kommentarfunktion nötig
- m) OB: Ressourcen/Redaktion zur Verarbeitung von Kommentaren notwendig

**99. Breitbandausbau als Voraussetzung**

Gute technische Infrastruktur für Onlineprozesse (4)

**100. Online-Beteiligung soll einen empfehlenden Charakter haben**

Online-Beteiligung kann nur empfehlend sein, zeigt eine Tendenz (4)

**101. Online-Beteiligung ergänzend zu repräsentativer Demokratie**

Online-Befragungen z.B. zu Trends zu Gesetzesvorhaben und Beschlussvorlagen des Bundestags (2)

**102. "Netiquette" - Umgangsformen bei Online-Beteiligung**

Kommunikationsregeln müssen angewandt werden (2)



**Leitfrage:**

Soll unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden?

**Ideen und Empfehlungen | weitere Ideen**

**103. zu Bildung zur Beteiligung**

- a) Beteiligung sollte schon in der Schule gelernt werden (22)
- b) politische Bildung stärker in Schule und Lebenswelt von Jugendlichen verankern (15)

**104. weitere Vorschläge zur Beteiligung**

- a) Bürger\*innensprechstunden ausbauen
- b) weiterer Vorschlag: Bundesministerium für Bürgerbeteiligung
- c) Bürgerbeteiligungsbeauftragte(n) für jede Kommune
- d) Bürgervertreter ("Brücken") für die Bevölkerung/ "normale Bürger" statt Stab --> Beratung / Erdung;  
Meinungen sollen von unten nach oben getragen werden

**105. Jugendbeteiligung**

- a) Information auf Augenhöhe; von Jugendlichen für Jugendliche (1)
- b) Jugendbeteiligungsbeauftragten unabhängig von Schule (1)

**106. weitere Ideen zu Lobbyismus**

- a) Mehr Transparenz über Lobbyismus, mehr Regeln für Lobbyisten (9)
- b) Chancengleichheit bei der Interessenvertretung (4)
- c) Lobbyisten sollen ihre Interessen in der Öffentlichkeit einbringen (2)

**107. weitere Ideen zu Abgeordneten und Parteien**

- a) Politikerinnen und Politiker sollten mehr Bezug zur Bevölkerung haben (7)
- b) Transparenz über Einflussnahmen auf Politikerinnen und Politiker (4)
- c) Parteien sollten sich für Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern öffnen (3)
- d) Parteien sollten ihr Profil schärfen (2)
- e) Politikerinnen und Politiker sollen mehr Verantwortung für ihre Entscheidungen übernehmen (4)
- f) Direktmandate abschaffen (1)
- g) Bürgerinnen und Bürger an Abstimmungen im Parlament beteiligen (1)
- h) Politikerinnen und Politiker sollten ein höheres Ansehen haben (1)
- i) Weniger Fraktionszwang (1)

**108. Einzelempfehlungen an Politik und Verwaltung**

- a) bindender Zeitplan für Umsetzung des Regierungshandeln
- b) verpflichtende Evaluation der Regierungsversprechen
- c) Umgang der Politiker untereinander: Eigene Stärken herausstellen statt dem Gegner die Schwächen vorzuhalten -> mehr Argumente
- d) Änderung des Weges ins Parlament: 1. Begrenzung von Mandat (zeitlich; kein Abgeordneter soll mehr Jahrzehnte im Bundestag sitzen) | 2. anderer Weg in die Politik als über Parteien | 3. Kritik: gewisse Berufsgruppen können sich mehr und leichter beruflich ins Parlament einbringen (so werden Beamte z.B. beurlaubt für die Zeit ihres Mandats, das geht für andere Berufsgruppen aber nicht)
- e) Parteispenden: 1. Schaffung allg Spendentopf mit zweckgebundenen Spenden; 2. Parteispenden möglich wie jetzt aber gedeckelt
- f) Entscheidungsebenen neu aufteilen
- g) Führungspositionen der Ressorts sollten Erfahrung in ihrem Bereich haben